

## EINSENDUNGEN

**Zuschriften, Reaktionen und Meinungsäusserungen sind willkommen. Es gilt, dass kurze Einsendungen eher berücksichtigt werden können. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über Leserbriefe wird keine Korrespondenz geführt.**

**Einsenden per Post: JM Jüdische Medien AG, Redaktion, Postfach, 8027 Zürich, Fax: 044 206 42 20, oder E-Mail: [redaktion@tachles.ch](mailto:redaktion@tachles.ch)**

## Voreiliger Vorwurf

**tachles, Nr. 4, 28. Januar 2022**

### «Kritik aus der Schweiz»

Die Dachverbände SIG, PIJS sowie die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) werfen Amnesty International (AI) «double standards» vor: Kein anderer demokratischer Staat, «in welchem Konflikte zwischen religiösen Minderheiten bestehen», werde als «Apartheidstaat» bezeichnet. Diese Sichtweise ist irritierend, weil prak-

tisch ein weltweiter Konsens besteht, dass es beim Nahostkonflikt um weit mehr als um religiöse Zugehörigkeiten geht. Sie sprechen dem palästinensischen Volk eine ethnische Identität ab und handeln damit rassistisch. Die von der Eidgenossenschaft subventionierte GRA nimmt für sich in Anspruch, «Rassendiskriminierung» als «jede unterschiedliche Behandlung aufgrund von nationaler oder ethnischer Herkunft» zu bekämpfen. Auch die GRA leistet mit der gemeinsamen Stellungnahme und ihrem voreiligen Antisemitismus-Vorwurf an Amnesty dem Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus einen Bärendienst.

Anstelle von Abwehr wäre es zielführender, wenn neben Israel auch die drei Organisationen konkret zu den Kritikpunkten im AI-Bericht Stellung beziehen. Weshalb zum Beispiel die Palästinenserinnen und Palästinenser nicht dieselben Rechte bezüglich Niederlassung, Landerwerb, Sicherheit, Budget-Zuteilung, Infrastrukturausbau wie die jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner haben, sei es innerhalb der Grenzen Israels, sei es in den besetzten Gebie-

ten. Das hiesse auf die Menschen vor Ort zu hören: In erster Linie auf die Palästinenserinnen und Palästinenser selbst (einschliesslich ihrer Menschenrechts-NGOs, anstatt diese als terroristisch zu stigmatisieren)

sowie andere auch jüdisch-israelische NGOs, die das Thema Apartheid seit Jahren fundiert dokumentieren. *GUY BOLLAG, JÜDISCHE STIMME FÜR DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT IN ISRAEL/PALÄSTINA JVJP, ZÜRICH*